

GASTKOMMENTAR

Abhängig von Waffen

Berlin kann Rüstungsexporte strategisch für mehr Sicherheit nutzen, meint Christian Mölling.

Rüstungsexporte sind ein sicherheitspolitisches Instrument. Waffenlieferungen schaffen unweigerlich eine dauerhafte sicherheitspolitische Beziehung mit den Empfängern: Sie verändern die innerstaatlichen Machtverhältnisse beim Empfänger und die regionale Balance. Insofern ist auch Deutschland verantwortlich für Wandel und Stabilität in der Welt.

Zugleich positioniert sich Deutschland mit Waffenexporten hinsichtlich eines zukünftigen Konflikts, in dem deutsche Waffen eine Rolle spielen könnten. Denn die Bundesregierung sichert dem Empfänger in der Regel ihre Unterstützung zu, indem es ihn wie etwa im Kriegsfall mit Ersatzteilen versorgt. Deshalb würden sich Veränderungen beim Empfänger auch auf die Sicherheitslage und die politischen Handlungsmöglichkeiten Deutschlands auswirken. Zöge beispielsweise Saudi-Arabien mit deutschen Panzern in einen Krieg, könnten sowohl Nachschublieferungen an Riad wie aber auch deren Unterlassung die Terrorgefahr in Deutschland erhöhen.

Deshalb sollte sich die aktuelle Debatte wie auch die derzeitigen Pläne für eine neue Rüstungspolitik an einem sicherheitspolitischen Rational ausrichten. Eine nach Sicherheitslage und -interessen differenzierte Länder- und Regionalstrategie erlaubt es, Rüstungsexporte explizit als Mittel politischer Einflussnahme in die Außenpolitik einzugliedern. Sie wäre Grundlage für alle rüstungsexportpolitischen Bewertungen.

Die Regierung würde dabei Deutschlands Sicherheitsinteressen mit der Lage und Entwicklung in anderen Ländern und Regionen in Beziehung setzen und belegen müssen, wie Instrumente zu einem höheren Maß an Sicherheit für Deutschland beitragen.

Deutschland könnte so für unterschiedliche Länder entsprechende Angebote definieren und dabei das gesamte rüstungsindustriepolitische Instrumentarium nutzen: von Embargo über Exportkontrolle und -förderung bis zu Kooperation und Überlassung. Entscheidendes Kriterium für eine Kooperation wäre, was der Partner für deutsche Sicherheit leistet und warum dies die Weitergabe von Waffen und Technologie rechtfertigt. Oder welche sicherheitspolitische Verantwortung Deutschland für diesen Partner hat.

Zentrales Faustpfand beim Export bleibt dabei die Kontrolle über den Nachschub für das Wehrmaterial. Ein Eurofighter-Jet kann ohne Wartung und Ersatzteile nach wenigen Stunden nicht mehr fliegen. Großgerät lässt sich so nachträglich stilllegen, sollte das Empfängerland gegen Vereinbarungen verstoßen. Die Lieferung von Produktionsstätten könnte an die Bedingung geknüpft werden, dass der Empfänger eine Reform des Sicherheitssektors im eigenen Land vorantreibt.

Ansätze zu derartigen Regionalstrategien gibt es: Deutschland engagiert sich mit den EU- und Nato-Partnern beim Aufbau von Sicherheitskräften in Afghanistan und Afrika. Es wäre konsequent und ethisch vertretbar, die von Deutschland bestmöglich ausgebildeten Kräfte zugleich bestmöglich auszurüsten. Auch Risiken müssen bedacht sein: Welche Verantwortung und Handlungsmöglichkeit hat Deutschland, wenn Rüstungsgüter etwa bei einem Staatsstreich in falsche Hände geraten.

Der Autor ist Verteidigungsexperte bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). Sie erreichen ihn unter: **gastautor@handelsblatt.com**

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de